



DIE LANDTAGSFRAKTION

Energieeffizienz, Energiespeicherung und eine europäische Erneuerbare-Energien-Politik:

Grundzüge einer langfristig angelegten Energiepolitik für Deutschland und Nordrhein-Westfalen

Zentrale energiepolitische Positionen der CDU Nordrhein-Westfalen

1. Unsere beste Energiequelle heißt: Energieeffizienz. Von allen Varianten moderner Energiepolitik ist sie die wirksamste und wirtschaftlichste. Durch sie entstehen Beschäftigung und Wachstum im Inland, weniger Importabhängigkeit, eine bessere Energieversorgung sowie Sicherheit und Impulse für technische Innovationen. Energieeffizienz muss daher auch in der Förderung den gleichen Stellenwert wie die Erneuerbaren Energien haben, ohne dadurch den Strompreis für die Verbraucher weiter zu erhöhen. Dabei haben anreizorientierte Förderinstrumente Vorrang vor staatlichen Vorgaben und/oder Eingriffen.
2. Erneuerbare Energien sind die Energieträger der Zukunft. Dabei gilt es, die Chancen eines europäischen Systems der Förderung erneuerbarer Energien zu realisieren.
3. Wir teilen die ambitionierten Ziele der Bundesregierung beim Ausbau der Erneuerbaren Energien nachdrücklich. Nordrhein-Westfalen war das erste Bundesland, das 2008 eine eigene umfassende "Energie- und Klimaschutzstrategie in NRW" vorgelegt hat. Die Erneuerbaren Energien müssen durch hoch effiziente und flexibel einsetzbare fossile Kraftwerke flankiert werden. Die vorhandenen Kraftwerke sind zu modernisieren bzw. durch hoch effiziente Kraftwerke zu ersetzen. Wir dringen weiter auf die schnelle Abschaltung technisch rückständiger Blöcke. Wir bekennen uns insbesondere zur weiteren Zukunft der Braunkohle als einzigem

heimischen Energieträger, der zu wirtschaftlichen Konditionen in genügender Menge zur Verfügung steht.

4. Neben Großkraftwerken setzen wir auf Strukturen der dezentralen Energieversorgung, gerade auch im ländlichen Raum.
5. Die Energieversorgung der Zukunft wird sehr stark auf fluktuierende Erneuerbare Energien setzen. Zentrale und dezentrale Speicher müssen dabei in Verbindung mit intelligenten Netzen für einen Ausgleich sorgen. Die Forschungsanstrengungen auf diesem Gebiet sind zu intensivieren. Es muss geprüft werden, ob die Entwicklung bei der künftigen Förderung der Erneuerbaren Energien im EEG an Fortschritte in der Verfügbarkeit von Speichern zu koppeln ist.
6. Kernenergie ist nurmehr Brückentechnologie. Wir begrüßen den Energiekompromiss der Bundesregierung. Insbesondere ist es richtig, wesentliche Gewinne aus der Laufzeitverlängerung abzuschöpfen und der Energieeffizienz und den Erneuerbaren Energien zur Verfügung zu stellen. Wir sprechen uns für eine stärkere Förderung der Energieeffizienz aus diesen Mitteln aus. Wir begrüßen nachdrücklich, dass die erhöhten Einnahmen aus dem Zertifikatehandel ab 2013 für die Energiepolitik und den Klimaschutz zur Verfügung gestellt werden.
7. Wir dürfen energieintensive Industrie nicht überfordern. Eine Abwanderung energieintensiver Industrien hilft weder den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, noch den Kommunen und schon gar nicht dem Klima. Wir lehnen ein erneutes Draufsatteln von Lasten ab.

I. Zum Energiepolitischen Konzept Deutschlands – aus Sicht von Nordrhein-Westfalen

Die Bundesregierung hat ihr Energiekonzept „Neun Punkte für eine umweltschonende, zuverlässige und bezahlbare Energieversorgung“ vorgelegt. Die CDU Nordrhein-Westfalen sieht in dem Energiepolitischen Konzept der Bundesregierung eines der wichtigsten industriepolitischen Vorhaben der laufenden Legislaturperiode des Deutschen Bundestags. Nach Jahren einer nur wenig konsistenten Energiepolitik besteht jetzt die große Chance, entscheidende Weichen in diesem Politikfeld zu stellen.

Nordrhein-Westfalen ist „Energie land Nr. 1“ und soll es bleiben. Fast ein Drittel des in Deutschland benötigten Stroms wird hier erzeugt; 250.000 Menschen arbeiten in den verschiedenen Bereichen der nordrhein-westfälischen Energiewirtschaft.

Doch jetzt legt erstmals eine Landesregierung mit ihrer kritischen Haltung zum EON-Kraftwerk in Datteln die Axt an das „Energie land Nr. 1“. Damit sind erhebliche Risiken für das Land verbunden; jeder Investor wird sich künftig fragen, ob er mit seiner Investition und seinen Arbeitsplätzen hier noch willkommen ist. Damit disqualifiziert sich die Regierung Kraft als Mitgestalter der deutschen Energiepolitik. Sie riskiert, dass nicht der Baukran, sondern die Abrissbirne zum Symbol ihrer Industrie- und Energiepolitik wird.

Die CDU Nordrhein-Westfalen definiert mit diesem Papier ihre Position für eine zukunftsweisende und gleichwohl realistische Energiepolitik – im Interesse Deutschlands, aber auch und vor allem im Interesse Nordrhein-Westfalens.

II. Allgemeine Grundsätze für eine gute Energiepolitik

Die CDU Nordrhein-Westfalen hält insbesondere in folgenden Bereichen an ihrer bisherigen energiepolitischen Grundlinie fest, wie sie vor allem durch die energiepolitischen Grundsatzbeschlüsse „Sicher-sauber-bezahlbar“ und „Energieeffizienz – ein solides Fundament einer nachhaltigen Energie- und Klimastrategie“ der CDU-Landtagsfraktion der 14. Wahlperiode beschrieben wird:

- **Gute Energiepolitik ist langfristig.**

Die Energiepolitik Deutschlands ist bisher durch Kurzatmigkeit, d. h. fehlende Beachtung ihrer langfristigen Folgen gekennzeichnet:

- Der Ausstieg aus der Kernenergie durch Rotgrün im Jahr 2001 war ideologisch begründet, das Ausstiegsdatum willkürlich gesetzt. Auch wir bekennen uns dazu, dass die Kernenergie eine Brückentechnologie ist, die so lange gebraucht wird, bis sie durch erneuerbare Energien ersetzt werden kann. Dabei müssen die hohen Sicherheitsstandards deutscher Kernkraftwerke fortentwickelt und vor allem die von Rot-Grün blockierte Erkundung eines geeigneten Endlagers für hochaktive Abfälle vorangetrieben werden. Nur eine solche Politik entspricht dem christdemokratischen Verständnis von Verantwortung auch für kommende Generationen.

- Bereits heute haben die erneuerbaren Energien einen Anteil von 16 % an der Stromversorgung Deutschlands. Die Förderung der Erneuerbaren Energien bleibt weiterhin richtig. Doch erreicht die Einspeisevergütung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes inzwischen Dimensionen, neben denen andere Förderungen und Subventionen geradezu verblassen. Deshalb gilt es, die erneuerbaren Energien zügig an den Markt heranzuführen.
- Der Ausbau der erneuerbaren Energien muss durch hoch effiziente und flexibel einsetzbare fossile Kraftwerke flankiert werden. Die Kohle wird deshalb auch weiterhin einen Platz in der Energieversorgung haben. Vor allem der einzige wirtschaftlich gewinnbare heimische Energieträger Braunkohle steht für die CDU Nordrhein-Westfalen nicht zur Disposition.

Zielvorgaben, die für andere Politikfelder inzwischen selbstverständlich sind – Konsolidierung, Generationengerechtigkeit, Vertrauensschutz – müssen auch in der Energiepolitik gelten. Nicht das schnelle „Ausstiegsgesetz“ ist die Lösung, sondern eine kluge, maßvolle und auch die Sichtweise anderer Länder berücksichtigende Brückenpolitik.

- **Gute Energiepolitik ist innovativ.**

Von kaum einem anderen Industriesektor wird so viel Investitionsbereitschaft, vor allem aber soviel Innovationsleistung erwartet wie von der Energiewirtschaft. Die von Rot-Grün ideologisch geführte Energiediskussion dreht sich vor allem um die Forderung nach dem sofortigen Ausstieg aus der gesamten konventionellen Energieversorgung - weg mit Kern- und Kohlekraftwerken, hin zu Wind- und Solarenergie. Das ist einmalig in der deutschen Industriegeschichte und wird auch in dieser Dimension und Geschwindigkeit nicht leistbar sein. Die CDU setzt dagegen auf ein Maximum an privater und staatlicher Forschung und Innovationsleistung, um die konventionellen Energieträger so rasch wie möglich ablösen zu können.

Diese Forschung muss alle technologischen Möglichkeiten berücksichtigen. Die Arbeit an nuklearen Energieformen – Kernspaltung und Kernfusion – muss ebenso möglich sein wie an Energieeffizienz und erneuerbaren Energieträgern. Für Nordrhein-Westfalen heißt das: Die am Forschungszentrum Jülich geleisteten Arbeiten zur Reaktorsicherheit und –technik sowie auf dem Feld der Energieeffizienz und der erneuerbaren Energien müssen fortgeführt werden. Einäugigkeit darf gerade in der Energieforschung kein Prinzip sein; daran wird sich Rotgrün messen lassen müssen. Dieser Forschungsstandort ist deshalb gerade für das Energieland Nordrhein-Westfalen von überragender Bedeutung.

- **Gute Energiepolitik baut auf den Erzeugungsmix.**

Deutschlands Energieversorgung beruht auf einem breiten Energiemix. Wer sich hieraus verabschieden will, muss glaubwürdig und nachvollziehbar nachweisen, wie die Energieversorgung zukünftig sichergestellt werden soll. Antworten hierauf hat Rot-Grün bisher nicht gegeben.

Vor allem der gleichzeitige Ausstieg aus den Energieträgern Kohle und Kernenergie ist nicht zu verantworten. Im Interesse einer zukunftsorientierten Energieversorgung müssen jedoch die vorhandenen fossilen Kraftwerke modernisiert und durch hoch effiziente Kraftwerke ersetzt werden. Für eine verlässliche, umweltschonende und bezahlbare Energieversorgung in einem Industrieland wie Nordrhein-Westfalen sind Großkraftwerke weiterhin von zentraler Bedeutung. Ausreichende und – angesichts der Volatilität der regenerativen Energien – sichere Bereitstellung von Energie ist auf absehbare Zeit anders nicht zu gewährleisten. Voraussetzung für moderne Kohlekraftwerke ist ihre hohe Effizienz. Nur dann tragen sie zur Verminderung des CO₂-Ausstoßes bei. Wir drängen weiter auf die schnelle Abschaltung technisch rückständiger Blöcke.

Neben Großkraftwerken setzen wir auf Strukturen der dezentralen Energieversorgung, gerade auch im ländlichen Raum. Zur Stärkung der Stadtwerke wollen wir deshalb das kommunale Wirtschaftsrecht in der Gemeindeordnung ändern. Wir wollen im kommunalen Bereich bei neu auszuweisenden Baugebieten mit moderner dezentraler Energieversorgung auch einen Anschluss- und Benutzungszwang, d.h. eine kommunalrechtliche Verpflichtung analog bspw. zur Wasservers- und -entsorgung, für regenerative Energie ermöglichen. Im Zuge der Dezentralisierung und der Ausweitung regenerativer Energieerzeugung setzen wir hohe Erwartungen in die GuD-Technologie (Gas- und Dampf-Kraftwerke). Unter den konventionellen Kraftwerkstechnologien haben sie die günstigste CO₂-Bilanz. Wegen ihrer vorteilhaften Steuer- und Regelungsmöglichkeiten bieten sie eine umweltverträgliche Ergänzung zur schwankenden Stromerzeugung von Windkraft- und Photovoltaik-Anlagen. Beim Bau von GuD-Anlagen wollen wir partnerschaftliche Modelle zwischen Gaslieferanten und Betreibern unterstützen. Durch Anwendung und Kombination dieser Maßnahmen können regional autarke Systeme entstehen, die auch helfen, die Netzausbaukosten zu senken.

- **Gute Energiepolitik ist gleichzeitig Industrie- und Standortpolitik.**

Deutschland – und gerade Nordrhein-Westfalen - darf seine energieintensive Industrie nicht überfordern. Die CDU Nordrhein-Westfalen begrüßt deshalb die Haltung der Bundesregierung, energieintensive Unternehmen im Rahmen des Emissionshandels zu begünstigen, wenn ansonsten die Abwanderung in Länder mit geringeren Standards droht. Eine solche Abwanderung würde weder den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, noch den Kommunen und und schon gar nicht dem Klima helfen.

Das allein reicht aber nicht aus. Werden die heimischen energieintensiven Unternehmen über das jetzt schon hohe Maß hinaus weiter belastet, droht ihre schleichende Demontage. Deshalb lehnt die nordrhein-westfälische CDU ein erneutes Draufsatteln von Lasten zu Ungunsten der heimischen energieintensiven Unternehmen ab.

III. Elemente einer zukunftsorientierten Energiepolitik

Auf der Basis dieser Grundsätze stellt die CDU Nordrhein-Westfalen folgende Forderungen auf:

1. Energieeffizienz muss Kernstück und Markenzeichen deutscher Industrie- und Energiepolitik werden.

Schon lange wächst der Energieverbrauch in Deutschland langsamer als das Bruttoinlandsprodukt. Diese erfreuliche Entwicklung hat sich in den letzten Jahren allerdings spürbar verlangsamt. Wuchs die sog. bereinigte gesamtwirtschaftliche Energieproduktivität von 1990 bis 2000 noch jährlich um 2,1%, betrug die Steigerung von 2000 bis 2009 nur noch 1,5%. Von 2008 auf 2009 wuchs die Produktivität nur noch um 0,6%.¹

Sowohl in den privaten Haushalten, als auch in der Industrie sind noch erhebliche weitere Energieeinsparpotenziale vorhanden. Das Wuppertal-Institut schätzt das CO₂-Reduktionspotenzial allein in der Industrie auf über 50 Millionen Tonnen pro Jahr.

Deshalb muss die deutsche Energiepolitik an dieser Stelle ansetzen. Die Steigerung der Energieeffizienz ist das wohl unbestrittenste Ziel der Energiepolitik, weil sie nur Vorteile bringt: Wenn es gelingt, das Wachstum unserer Wirtschaft noch stärker als in der Vergangenheit vom Energieverbrauch abzukoppeln, also immer energieeffizienter zu arbeiten, können wir unsere Wettbewerbsfähigkeit verbessern und gleichzeitig den Ausstoß von Treibhausgasen minimieren.

Energieeffizienz ist unsere beste Energiequelle: Sie schafft Beschäftigung und Wachstum im Inland, reduziert unsere Importabhängigkeit, erhöht damit unsere Energieversorgungssicherheit und gibt Impulse für technische Innovationen. Deshalb begrüßen wir auch das Ziel der Bundesregierung, die Energieeffizienz in den nächsten Jahrzehnten spürbar zu verbessern. Dieses Ziel hat die größte Chance, über Legislaturperioden hinweg, von allen Beteiligten einmütig verfolgt zu werden.

EU und Bundesregierung haben bereits wichtige Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz ergriffen, zuletzt im Nationalen Aktionsplan für erneuerbare Energie (Kabinettsbeschluss v. 04.08.2010) der Bundesregierung. Das dort untersuchte „Szenario mit zusätzlichen Energieeffizienzmaßnahmen“ (EEF) baut auf einer mittleren Steigerung der Energieproduktivität von 2,3% pro Jahr zwischen 2008 und 2020 auf.

Das sind wichtige Schritte in die richtige Richtung – gleichwohl gibt es bei der Förderung der Energieeffizienz noch erheblichen Nachholbedarf. In verschiedenen Sektoren der Energiewirtschaft ist festzustellen, dass es ein erhebliches Ungleichgewicht etwa zwischen der Förderung der erneuerbaren Energien durch die EEG-Umlage und der Förderung der Energieeffizienz gibt: Betragen die Differenzkosten der EEG-Vergütung rd. 8 Mrd. € mit stark steigender Tendenz, wird die Gebäudesanierung von der Bundesregierung in diesem

¹ Quelle: Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen e.V., Energieverbrauch in Deutschland im Jahr 2009, S. 6.

Jahr nur mit rd. 1,4 Mrd. € gefördert. Dieses Ungleichgewicht ist nicht länger zu rechtfertigen: Deshalb sollte die künftige Förderung sich stärker auf die Steigerung der Energieeffizienz konzentrieren.

Die deutsche Industrie muss beim Angebot hoch energieeffizienter Produkte und Prozesse Weltmarktführer bleiben bzw. werden. Da Öl und Gas knapper werden und politische Verteilungskämpfe um diese Energieträger künftig zunehmen werden, spricht alles dafür, dass die Fähigkeit zur energiearmen Produktion und zur Herstellung energieeffizienter Produkte zu einem entscheidenden Erfolgsfaktor werden.

Ein Leitprojekt für die Innovationskraft Nordrhein-Westfalens kann hierbei die von der CDU-geführten Landesregierung stark unterstützte „Innovation City“ des Initiativkreises Ruhr sein. Es bietet die Chance die Innovationskraft der beteiligten Mitgliedsunternehmen in Sachen Klimaschutz, Klimaanpassung und nachhaltige Stadtentwicklung in einem Pilotgebiet zu bündeln und europaweit wahrnehmbar zu machen. Der Initiativkreis hat seine Mitglieder aufgefordert, über finanzielle und personelle Eigenbeteiligung und Eigeninitiativen im Rahmen des Projekts alles darzustellen, was an CO₂-Reduzierung, Energieeffizienz und Klimaschutz möglich ist. Die Maßnahmen sollen in einem gewachsenen Stadtquartier (ca. 50.000 Einwohner) im vorhandenen Gebäudebestand unter Berücksichtigung von Handel, Dienstleistung und Gewerbe umgesetzt werden. Damit kann es gelingen, dem Projekt ein europaweites „Alleinstellungsmerkmal“ zu verleihen und es so zum Vorbild für die Weiterentwicklung der Metropole Ruhr und anderer Metropolen zu machen.

Die CDU Nordrhein-Westfalen fordert:

- *Kernstück und Markenzeichen der Energiepolitik muss die Steigerung der Energieeffizienz sein.*
- *Der von der Bundesregierung festzulegende nationale Energieeinsparwert muss ambitioniert sein. 2,5% p.a. wären ein solcher Wert.*
- *Das Volumen der Förderung von Energieeffizienzmaßnahmen sollte bis 2015 angehoben und dem der Förderung erneuerbarer Energien angeglichen werden, ohne dadurch die Strompreise zu erhöhen.*
- *Dabei haben Anreizinstrumente und die Förderung heimischer Technologien stets Vorrang vor bloßen Subventionen.*

2. Der zweite Weg: Energie nachhaltig erzeugen und verbrauchen.

Über Nachhaltigkeit ist in den vergangenen Jahrzehnten viel Richtiges, aber auch viel Unsinniges gesagt worden.

Nachhaltig mit der Umwelt umgehen heißt nicht auf Eingriffe in die Natur, auf Veränderungen der Natur, auf die Nutzung ihrer Ressourcen grundsätzlich zu verzichten. Das können wir nicht. Wir brauchen die Natur als Lebensgrundlage. Das Gebot der Nachhaltigkeit fordert: Wir sollen die Natur durch Arbeit und Technik so zu unserer Lebensgrundlage machen, dass auch die nachfolgen-

den Generationen sie ebenso zu ihrer Lebensgrundlage machen können. Unsere Kinder wollen nicht, dass wir ihnen „verbrannte Erde“ hinterlassen. Sie wollen, dass wir ihnen eine intakte Natur übergeben, die sie für sich durch Arbeit und Technik fruchtbar machen können. Nachhaltigkeit heißt für uns: Bewahrung der Schöpfung.

Als großes und starkes Energie- und Industrieland hat Nordrhein-Westfalen dabei eine besondere Verantwortung. Zu dieser Verantwortung stehen wir.

Unser großes Ziel ist die Versöhnung von Wirtschaft und Umwelt, von Ökonomie und Ökologie. Umweltschutz und Industrie sind für uns keine Gegensätze. Auch deshalb ist für uns das Bekenntnis zu Erneuerbaren Energien eine zentrale energiepolitische Leitentscheidung. Erneuerbare sind die Energieträger der Zukunft. Aber sie sind selbst bei größten Anstrengungen nicht die kurzfristige Lösung des Energieproblems.

3. Erneuerbare Energien: Die Chancen Europas nutzen

Die letzten Jahre haben gezeigt: Die nationale Energiepolitik stößt an ihre Grenzen. Viele Faktoren der Energiepolitik sind aus geologischen, klimatologischen, ökonomischen oder politischen Gründen nicht, bzw. nicht sinnvoll national gestaltbar: Lagerstätten für fossile Brennstoffe sind ebenso wie erneuerbare Energiequellen ungleich über die Kontinente und Länder verteilt, der Handel mit Brennstoffen ist ebenso global wie die Problematik des ansteigenden Treibhausgasgehalts der Atmosphäre.

Vor diesem Hintergrund ist es folgerichtig, dass die Europäische Union neue wichtige Aufgaben in der Energiepolitik übernommen hat. Von größter Bedeutung war 2005 die Einführung des europaweiten Emissionshandels. Mit dem Lissaboner Vertrag wurden der EU in weiteren Bereichen der Energiepolitik Kompetenzen zugestanden²: Funktionierende Energiemärkte, die Versorgungssicherheit, die Förderung der Energieeffizienz und erneuerbarer Energien ebenso wie der Zusammenschluss der Energienetze sind Aufgabenstellungen, denen sich die EU widmen soll – und die in rein nationaler Regie auch kaum vernünftig gelöst werden können.

Gerade beim Thema Erneuerbare Energien ist eine „Europäisierung“ der Energiepolitik dringend geboten. Die EU hat sich das Ziel gesetzt, bis 2020 mindestens 20% des Bruttoendenergieverbrauchs aus erneuerbaren Energiequellen zu decken; der Beitrag Deutschlands wurde auf 18% festgelegt. In ihrem am 04.08.2010 beschlossenen „Nationalen Aktionsplan für erneuerbare Energie gemäß der Richtlinie 2009/28/EG zur Förderung der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen“ geht die Bundesregierung sogar von einem erreichbaren Wert von 19,6% aus.

Damit bietet Europa für Deutschland als führender Nation im Bereich der erneuerbaren Energien ganz erhebliche Chancen. Von den technologischen Erfahrungen, die wir in Deutschland gewonnen haben, kann Europa profitieren.

² Dritter Teil Titel XXI des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union.

Hier entwickeln sich Märkte mit Milliardenvolumen. Deutschland muss sich als Vorreiter in diesem Sektor seinen Anteil an diesem Marktvolumen sichern.

Gleichwohl reichen rein nationale Strategien und Instrumente zur Erreichung der europäischen Klimaschutzziele nicht aus. Entscheidend ist, dass sich das Aufkommen an Wind, Solarenergie, Geothermie, Biomasse und Wellenenergie nicht nach Staatsgrenzen richtet, sondern nach geologischen, klimatologischen und topografischen Faktoren. Art. 7 der Richtlinie 2009/28/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. April 2009 zur Förderung der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen sieht daher die Möglichkeit gemeinsamer Projekte zwischen Mitgliedstaaten ausdrücklich vor. Würde darüber hinaus ein europäisches Regime zur Förderung erneuerbarer Energien aufgebaut, das einen Austausch sog. Grüner Zertifikate zwischen den Mitgliedstaaten ermöglicht, so würde erreicht, dass die Betreiber die jeweils günstigsten, sprich: wirtschaftlichsten Standorte aufsuchen. Durch eine solche europäisch harmonisierte Förderung erneuerbarer Energien ließen sich bis 2020 Kosten von rd. 118 Mrd. € einsparen³. Angesichts der beträchtlichen Summen, die der Umbau der deutschen und europäischen Energiestrukturen ohnehin verursachen wird (Netze, Speicher), dürfen derartige Einsparpotenziale auf keinen Fall ungenutzt bleiben.

Die CDU Nordrhein-Westfalen fordert:

- *Das Fördersystem des EEG, vor allem die in den nächsten Jahren sprunghaft ansteigende EEG-Umlage, muss im Rahmen der zum 01.01.2012 vorgesehenen Novellierung kritisch überprüft werden.*
- *Die Bundesregierung wird aufgefordert, die Möglichkeiten für gemeinsame Projekte mit anderen Mitgliedstaaten in der Nutzung erneuerbarer Energien sowie die Potenziale eines europäischen Systems der Förderung erneuerbarer Energien rechtzeitig zu prüfen und entsprechende Aktivitäten auf europäischer Ebene einzuleiten.*

4. Energiespeicherung wird zur energiepolitischen Herausforderung der Zukunft.

Die Energieversorgung der Zukunft wird sehr stark auf fluktuierende erneuerbare Energien setzen. Damit sind zwei zentrale Probleme verbunden: Zum einen wird die Energieerzeugung häufig an anderen Orten stattfinden, als der Energieverbrauch, zum anderen muss die fluktuierende Erzeugung stabilisiert und ausgeglichen werden. Deshalb ist es erforderlich, dass die gegenwärtigen Netze verstärkt und ausgebaut werden. Speicher müssen darüber hinaus neben einem flexiblen Kraftwerkspark für einen Ausgleich sorgen. Zentrale und dezentrale Speichertechnologien müssen dabei optimal aufeinander abgestimmt werden. Als dezentrale Energiespeicher können grundsätzlich Energiespeicher in Wärmepumpensystemen, Batteriespeicher in Verbindung mit dem Ausbau der Elektromobilität und weitere Technologien genutzt werden, wobei zwischen Strom- und Wärmespeichern unterschieden werden muss.

³ Quelle: Energiewirtschaftliches Institut der Universität Köln, European Res-E Policy Analysis, 2010.

Die hierfür erforderliche Entwicklung wird mit einer erheblichen Transformation des Energieversorgungssystems in Deutschland einhergehen und steht in enger Verbindung mit der Entwicklung intelligenter Stromnetze („Smart Grids“).⁴ Darüber hinaus wird ein intelligentes Lastmanagement zur Lösung des Problems beitragen. In diesen Bereichen sind deutlich verstärkte Forschungsanstrengungen erforderlich. Nordrhein-Westfalen als Energieland Nr. 1 soll auch hier Vorreiter bei der Entwicklung der modernsten Technologie sein.

Die CDU Nordrhein-Westfalen unterstützt daneben die dezentrale Umwandlung von Energie, wie z.B. beim „Kraftwerk im Keller“ und erwartet, dass diese Technologie die Struktur der Stromerzeugung langfristig nachhaltig verändern wird.

Die energiewirtschaftlichen Gesetze, allen voran das Erneuerbare-Energien-Gesetz, thematisieren die Speicherfrage nicht oder nur am Rande. Dabei besteht hier ein unauflöslicher Zusammenhang, der dringend berücksichtigt werden muss.

Die CDU Nordrhein-Westfalen fordert:

- *Die Bundesregierung sollte Forschung und Entwicklung von Energiespeichertechnologien deutlich stärker als bisher fördern. Die entsprechenden Ansätze in den Einzelplänen von BMBF und BMWi sollten spürbar erhöht werden. Die Bundesregierung sollte sich auch auf europäischer Ebene für eine Intensivierung der entsprechenden Aktivitäten einsetzen.*
- *Das Ziel des Aufbaus einer leistungsfähigen Energiespeicher-Infrastruktur in Deutschland sollte ebenso in der energiewirtschaftlichen Gesetzgebung seinen Niederschlag finden wie der Ausbau der erneuerbaren Energien. Dabei ist zu überprüfen, ob und ggf. wie der weitere Ausbau der erneuerbaren Energien im EEG an das Erreichen entsprechender Fortschritte in der Energiespeicherung gekoppelt werden kann bzw. muss.*
- *Die Bundesregierung sollte umgehend Maßnahmen zur Sanierung und zum Ausbau der Höchst- und Hochspannungsnetze ergreifen.*
- *Die Mittel- und Niederspannungsnetze sollten ebenfalls für die Herausforderungen der kommenden Jahre ausgelegt werden.*
- *Die Bundesregierung und die Energieversorger sollten die rechtlichen, technischen und ökonomischen Voraussetzungen für intelligente Netze und ein intelligentes Lastmanagement schaffen.*
- *Die planungsrechtlichen und ökonomischen Rahmenbedingungen für ein so genanntes Overlaynetz (Stromautobahnen von Nord nach Süd) sollten entwickelt werden.*

⁴ Vgl. Dena-Studie „Analyse der Notwendigkeit des Ausbaus von Pumpspeicherwerken und anderen Stromspeichern zur Integration der erneuerbaren Energien, S. 5-6

- *Die Einbindung der nationalen Energieversorgung in den europäischen Verbund, z.B. durch den Bau von Kuppelstellen, sollten gefördert und beschleunigt werden.*

5. Investitionssicherheit ist die wesentliche Voraussetzung für Klimaschutz und Innovation im Energiesektor.

Ein wesentlicher Mehrwert eines nationalen Energiekonzepts liegt in der Gewährleistung von Verlässlichkeit über längere Zeiträume. In Anbetracht der Investitionen in Milliardenhöhe, die in die deutsche Erzeugungs-, Netz- und Speicherstruktur in den kommenden Jahrzehnten erfolgen müssen, ist Investitionssicherheit das A und O einer zukunftsorientierten Energiepolitik. Ein Konzept, dessen Kernelemente im Takt von Regierungswechseln außer Kraft gesetzt bzw. durch neue ersetzt würden, würde dieses Ziel verfehlen.

Die CDU Nordrhein-Westfalen begrüßt daher, dass das Energiekonzept der Bundesregierung für den Zeitraum bis 2050 ausgelegt ist.

Industrie- und Energiepolitik setzen sowohl Neumaßnahmen als auch Erneuerungsinvestitionen voraus. Diese schaffen Arbeitsplätze, erzeugen inländische Wertschöpfung und sind ein positives Standortargument. Dafür bedarf es stabiler und verlässlicher Rahmenbedingungen. Investitionsruinen, wie nach den Ankündigungen der neuen Minderheitsregierung beim Kraftwerksneubau Datteln 4, zerstören Stück für Stück den Industrie- und Energiestandort Nordrhein-Westfalen. Deshalb ist es dringend notwendig, politisch zu entscheiden, wo und wie sich Nordrhein-Westfalen weiterentwickeln soll.

Die CDU Nordrhein-Westfalen fordert:

- *Das energiepolitische Konzept der Bundesregierung muss für private und öffentliche Investoren Investitionssicherheit garantieren und sollte sich daher in seinen Kernelementen auf eine breite parlamentarische Mehrheit stützen. Mögliche spätere Anpassungen des Konzepts bei politisch umstrittenen Einzelfragen sollten nicht seine Grundstrukturen verändern.*
- *Der Landtag Nordrhein-Westfalen muss jeweils nach Abwägung aller relevanten Belange die notwendigen Grundlagen für die Durchführung von Industrie- und Energieinvestitionen schaffen und sich klar zum Industriestandort Nordrhein-Westfalen bekennen.*

IV. Zu aktuellen Fragen des Energiepolitischen Konzepts

1. Steinkohlekompromiss

Gegen den erbitterten Widerstand der nordrhein-westfälischen SPD haben sich am 7. Februar 2007 der Bund, das Land Nordrhein-Westfalen und das Saarland unter Mitwirkung der RAG AG und der IG Bergbau, Chemie, Energie auf eine sozialverträgliche Lösung verständigt. Auf dieser Grundlage ist das Steinkohlefinanzierungsgesetz von Deutschen Bundestag und Bundesrat be-

geschlossen worden, das für Nordrhein-Westfalen einen Ausstieg aus der Finanzierung des subventionierten Steinkohlebergbaus Ende 2014 vorsieht. Dieser Kompromiss ist historisch und mehr denn je richtig.

Deshalb begrüßen wir, dass der SPD-Teil der derzeitigen Minderheitsregierung angesichts bedrohlicher Entwicklungen in der EU auf diesen von uns durchgesetzten Kompromiss einschwenkt und ihn jetzt verteidigt. Wir werden uns weiterhin auf allen Ebenen für eine Aufrechterhaltung des Steinkohlekompromisses einsetzen und begrüßen die Bemühungen der Bundesregierung in diese Richtung ausdrücklich.

2. Kernenergie

Wir wollen – so schnell dies technisch und wirtschaftlich möglich ist – Kernenergie durch grundlastfähige regenerative Energien verlässlich ersetzen. Bis dahin wird eine sichere Energieversorgung bei gleichzeitiger Erreichung der Klimaschutzziele nur gelingen, wenn wir die Laufzeiten sicherer Kernkraftwerke verlängern. Damit einhergehend sind ein dynamisches Sicherheitskonzept und verstärkte Bemühungen zur Lösung der Endlagerfrage erforderlich. Folglich kommt der Kernenergie nur mehr die Funktion einer Brückentechnologie zu.

Wir setzen uns nachdrücklich dafür ein, dass ein wesentlicher Teil der dadurch bei den Energiekonzernen entstehenden zusätzlichen Gewinne abgeschöpft wird. Neben dem notwendigen Beitrag zur Konsolidierung des Bundeshaushaltes müssen diese Gelder zur Teilfinanzierung der in diesem Papier geforderten zusätzlichen Förderung bei Energieeffizienz, des Klimaschutzes und der Forschung und Entwicklung bei Energiespeichern eingesetzt werden. Dies muss ohne Strompreiserhöhung für den Bürger geschehen.

3. Elektromobilität

Die Umsteuerung bei der Energieerzeugung muss zwingend von einer Umsteuerung bei den Antriebssystemen im Verkehrssektor begleitet werden.

Der Umbruch vom Verbrennungsmotor zum Elektromotor wird unsere Mobilitätswirtschaft langfristig revolutionieren. Elektromobilität ist ein Leitprojekt für uns. Die CDU-geführte Landesregierung hat Nordrhein-Westfalen zur mit Abstand größten „Modellregion Elektromobilität“ in Deutschland entwickelt. Bis 2020 sollen in Nordrhein-Westfalen 250.000 Fahrzeuge mit Elektroantrieb unterwegs sein. Dafür ist auch der Aufbau eines flächendeckenden Netzes von Ladestationen für Elektrofahrzeuge erforderlich. Diese Aufgabe muss gemeinsam mit den Energieversorgern angegangen werden. Der Marktanteil der nordrhein-westfälischen Zulieferer auf diesem Gebiet muss ausgebaut werden. Wir wollen zusätzliche Automobilhersteller und Zulieferer im Land ansiedeln, um die starke Stellung Nordrhein-Westfalens im Automotiv-Bereich weiter zu kräftigen.